

9./1. 1915.

Das wirtschaftliche Permanenzkomitee über die Getreidehöchstpreise.

Das Permanenzkomitee für Industrie, Gewerbe und Handel hat in seiner gestrigen Sitzung die Wirkungen, die die Ersetzung der Höchstpreise für die Approvisionierung der im Reichsrat vertretenen Königreiche und Länder und insbesondere des Landes Niederösterreich und der Reichshauptstadt gezeitigt hat, eingehend besprochen. Allgemein wurde die Veranlagung der Höchstpreise als vollständig verfehlt bezeichnet, da gerade Niederösterreich und Wien, das in dem Bezug von Brotgetreide auf die übrigen Kronländer und insbesondere auf Ungarn angewiesen ist, die niedrigsten Höchstpreise gerade für den Hauptartikel, Weizen, zugewiesen erhielt. Der Höchstpreis für Weizen ist in Niederösterreich um 50 Seller niedriger gehalten als in Budapest, um 1 Krone niedriger als in Mähren und um 1 Krone 50 Seller niedriger als in Böhmen. Diese Spannung vergrößert sich noch zuungunsten Niederösterreichs beim Weizenmehl. Der Handel, der für den Getreide- und Mehlbezug Niederösterreichs und Wiens insbesondere aus den Ländern der ungarischen Krone absolut notwendig ist, ist dadurch ausgeschaltet, daß er selbst an andere Händler und an Erzeuger (Bäcker und Müller) in Niederösterreich nur zu niederösterreichischen Maximalpreisen Getreide und Mehl abgeben kann, daher die Differenz der Höchstpreise, die Fracht- und anderen Regiespesen aus eigenem tragen müßte. Es ist schon vollkommen begreiflich, daß seit der Höchstpreisverordnung kein Brotgetreide und kein Mehl mehr nach Niederösterreich gelangt. Die halb und halb in Aussicht gestellte Ermäßigung der Höchstpreise in Ungarn, die dem Uebelstand hätte abhelfen sollen, ist auf eine gänzlich unzulängliche Ermäßigung des Höchstpreises für Roggen um 70 Seller zusammengebrochen (die übrigens bereits reboziert wurde. Ann. d. Red.), während der Weizenpreis nach wie vor in Budapest höher ist als in Wien. Es ist eine Tatsache, daß heute eine ganze Reihe von Bäckereien aus Mehlmangel ihren Betrieb einstellen mußte, daß in vielen Vertriebsstellen kein Mehl mehr zu erhalten, und daß die Bevölkerung bereits in bedeutendem Maße beunruhigt ist. Erklärungen der Regierung, wie sie in den Blättern vom 6. d. erschienen sind, und die nachweisen wollen, daß die Mehlvorräte in Wien sich in der letzten Zeit sogar vermehrt haben, werden allein nicht in der Lage sein, eine Beruhigung herbeizurufen, wenn die Bevölkerung tatsächlich kein Mehl und kein Brot mehr erhält, weil es von der anderen Reichshälfte nicht geliefert wird. Von den verschiedenen Rednern wurde es als Pflicht des Permanenzkomitees bezeichnet, die Regierung darauf aufmerksam zu machen, daß derartige am grünen Tisch ohne Zuziehung eines sachverständigen Beirates oder gegen dessen Votum beschlossene Verordnungen nur erhöhte Schwierigkeiten heraufbeschwören können. Einerseits ist die Verordnung geeignet, statt der Bevölkerung Nahrungsmittel zuzuführen, diese noch künstlich fernzuhalten, andererseits wird die Bevölkerung durch den Hinweis auf angeblich genügende Vorräte nicht zu der notwendigen Sparsamkeit angeleitet.

Bei den Beratungen des Permanenzkomitees wurde auch angeregt, den Ankauf und die Verteilung der vorhandenen Vorräte unter Einflußnahme der Regierung zu konzentrieren und in zweckmäßiger Weise durchzuführen. Zum Zweck entschiedener Stellungnahme zu den Maßnahmen der Regierung sowie zur Vorbereitung geeigneter Anträge wählte das Permanenzkomitee aus seiner Mitte einen Approvisionierungsausschuß, der seine Beratungen noch gestern begann. Diesem Ausschuß gehören an die Herren Abgeordneten Friedmann, Pantz und Spiker und die Kammerräte Raj. Rat Weil, Pabst und Weissenberger.